

Für Rätlichkeit und Revolution!

# KLASSENKAMPF

Nummer 38 | JÄNNER 2020 | 2,-

Zeitung der Gruppe Klassenkampf, öst. Sektion des Kollektivs permanente Revolution



## Türkische Macht und grünes Feigenblatt

**Editorial: Ist die SPÖ noch zu retten?**

Es sieht fast so aus, als hätten gleich mehrere Sitzfunktionär\_innen der SPÖ den Selbsterstörungsknopf gedrückt.

Mehr auf Seite 2

**Eine Kurz-Alleinregierung mit grünem Feigenblatt**

93,18% der Delegierten am grünen Bundeskongress haben für die Koalition gestimmt. Viel kriegen sie nicht retour.

Mehr auf Seite 3

**Frankreich: Erst der Generalstreik wird Macron stoppen**

Wir dokumentieren die Proteste gegen die „Pensionsreform“ Macrons und warum Kompromisse Verrat sind.

Mehr auf Seite 7

ISSN: 2220-0657



9 772220 065718

# Ist die SPÖ noch zu retten?

## Oder: Was können die Lemminge dafür?

**Was haben Lemminge mit der SPÖ zu tun? Natürlich gar nichts, aber gegenwärtig könnte durchaus der Eindruck entstehen. Befassen wir uns zunächst mit dem Lemming, biologisch aus der Unterfamilie der Wühlmäuse kommend. Sprichwörtlich bekannt ist er wegen seiner angeblichen Neigung zum Massenselbstmord. Das ist wissenschaftlich erwiesener Humbug. Es kann zwar aufgrund von Populationsdruck in manchen Gegenden alle 30 bis 35 Jahre zu Massenwanderungen mit umstandsbedingten Todesfällen kommen, das ist aber weit entfernt vom unterstellten apokalyptischen Szenario.**

Bei der SPÖ hingegen scheint es sehr wohl so etwas wie einen Selbstzerstörungstrieb zu geben, wie die letzten Wochen, aber auch schon Monate und Jahre, zeigen.

Aktuell findet sich die Partei in einer veritablen Krise, die sich nicht nur durch das Wahlergebnis manifestiert. So konnte

konfus und planlos über die Bühne gehen zu sein.

Ein weiterer Punkt ist die mangelnde Perspektive. Wenn die Parteivorsitzende, die als Tochter einer alleinerziehenden Mutter einen akademischen Abschluß machen konnte, keine Antwort auf die Journalistenfrage nach dem Alleinstel-

**Und damit stellt sich bereits ein fataler Widerspruch heraus: die Übernahme der Macht auf demokratischem Wege, um zum Sozialismus zu gelangen, also die Klassen abzuschaffen. Das gleicht dem Versuch durch das Spiel am Roulettetisch das Casino zu übernehmen, um die Spielsucht zu heilen.**

sie kaum Stimmen von der FPÖ, die trotz der fatalen Umstände ein beachtliches Ergebnis zustande brachte, zurückholen: vielmehr wanderten sie zur ÖVP oder blieben lieber zu Hause und sorgten für eine deutlich verringerte Wahlbeteiligung. Auch die bei der vorhergehenden Wahl mobilisierten grünaffinen Wähler konnten nicht bei der Stange gehalten werden, was sicher durch den Schock, dass die Grünen gar nicht mehr im Parlament vertreten waren, schwieriger wurde.

Diese Dynamiken haben aber auch tiefere Ursachen als die Sympathiewerte beim Wahlvolk. So ist die dauerhafte Debatte über die Parteiführung, zum Teil durch interne Intrigen befeuert, zum Teil durch externe Analysen, Kommentare, Ratschläge bis hin zu Abwertung und abfälligen Äußerungen, ein Paradebeispiel dafür, wie man es nicht machen sollte. Der Abgang Kerns oder die verordnete Bestellung von Rendi-Wagner als erster Frau an der Spitze schienen ungeordnet,

lungsmerkmal der SPÖ hat, dann fehlt etwas Wesentliches. Oder wie Isolde Charim in einem Kommentar schreibt: „Politik ohne Erzählung ist schal“. Dazu kommen permanente Querschüssen aus den eigenen Reihen, viele gewichtige Stimmen mit unterschiedlichen Aussagen, die genüsslich von den bürgerlichen Medien zitiert werden, bis hin zur Selbstbeschädigung wie zuletzt bei der Farce um den Vertrag mit einem Beratervertrag, die den Kärntens Landeshauptmann Kaiser zu der nicht nur rhetorischen Frage verleitete, „Sind 21 Prozent noch immer zu viel?“.

Wenn wir uns jetzt von der aktuellen Situation lösen und einen Blick auf die Geschichte werfen, können wir noch viele tiefere Gründe ausmachen.

Schon zu ihrer Gründungszeit unter Viktor Adler betrachtete die damalige SDAP (Sozialdemokratische Arbeiterpartei) das Kommunistische Manifest nur als Zukunftsvision, heute scheint davon nur mehr das diffuse Bild einer Vision

übrig zu sein. Unbestritten sind ihre Errungenschaften für die ArbeiterInnen, jedoch gingen die Forderungen nie über eine Verbesserung der Umstände im Rahmen der bestehenden Ordnung hinaus. Diese Ordnung ist in der bürgerlichen Klassengesellschaft die Diktatur der Bourgeoisie mittels der bürgerlichen Demokratie, zumindest solange die Machtfrage nicht gestellt wird. Und damit stellt sich bereits ein fataler Widerspruch heraus: die Übernahme der Macht auf demokratischem Wege, um zum Sozialismus zu gelangen, also die Klassen abzuschaffen. Das gleicht dem Versuch durch das Spiel am Roulettetisch das Casino zu übernehmen, um die Spielsucht zu heilen.

Natürlich ist die SPÖ aus der und durch die Arbeiterklasse entstanden. Entsprechend war auch das Wählerreservoir großteils bestimmt, auch weil es der Partei immer gelang, Alternativen auf proletarischer Seite klein zu halten. Wenn die historischen Umstände nicht durch Diktatur oder Krieg politische Arbeit verunmöglichten, konnte das Proletariat lange mittels Zugeständnissen ruhig gehalten werden. Die Verwaltung dieser Zugeständnisse konnte die SPÖ für sich reklamieren, dafür erhielt sie Macht und Posten für ihre Kader. Zu der oft beschworenen goldenen Zeit eines Bruno Kreisky mit absoluter Mandatsmehrheit konnten aufgrund der Aufschwungphase in den frühen 1970er Jahren substantielle Sozialmaßnahmen ohne Gefährdung der Bourgeoisie umgesetzt werden. Gegen Ende jenes Jahrzehnts waren dann nur mehr kostengünstige Fortschritte durchsetzbar, etwa im Frauenrecht oder bei Liberalisierungen. Bereits Anfang der 1980er Jahre waren Schuldenbekämpfung und Privatisierungen an der Tagesordnung. Damit schwand auch das Füllhorn und die Einflußsphäre, der Abstieg hat begonnen, und damit sich weiter verstärkende negative Tendenzen. Die fehlende Perspektive - wie hält man es etwa mit der postindustriellen Arbeitswelt? - vergrößerte die Kluft zwischen Basis und Spitzenfunktionären, zwischen Wähler und Partei. Die Partei gibt sich staatstra-

gend und betreibt eine Politik gegen die Interessen ihrer Kernwählerschaft, neue Interessenten jenseits machttinteressierter Karrieristen sind spärlich, dennoch scheint man über die schwindende Zustimmung überrascht. Die Entscheidungsstrukturen sind hierarchisch dominiert, die Mitglieder werden als Bedrohung wahrgenommen. In diesem Umfeld für die Partei zu laufen grenzt schon an Masochismus.

In so einem Fall besinnt man sich oft seiner Wurzeln, und ist damit wieder beim ursprünglichen Dilemma, glaubwürdig die Machtfrage innerhalb des Systems zu stellen, gelangt. Der zentrale Slogan

bei der vergangenen Wahl war die Menschlichkeit, wie vor über hundert Jahren, als es darum ging, den Kapitalismus menschlicher zu machen. Die Gesellschaft hat sich verändert, was sind die Antworten darauf? Die SP hat viel an Glaubwürdigkeit verspielt, wenn es die klar antiproletarische FPÖ schafft, in der Arbeiterschaft trotz unglaublicher Skandale stärkste Partei zu bleiben.

Um die eingangs gestellte Frage zu beantworten: die SPÖ wird gerettet werden, wenn schon nicht aus eigener Kraft, dann eben weil die Bourgeoisie sie braucht: zur Beherrschung und Verwirrung des Proletariats, zur Ablenkung von anderen

politischen Optionen.

Und warum befassen wir uns immer wieder mit ihr? Weil sie ihre Wurzeln in der Arbeiterschaft hat und viele ihrer Wähler bewußt oder instinktiv den Klassencharakter der bürgerlichen Demokratie erfasst haben, trotz des allgemein sinkenden Klassenbewusstseins, nicht zuletzt auch von der SPÖ mitverursacht. Und dieses politische Subjekt ist es schließlich, das wir mit unserer Arbeit erreichen wollen, das wir von ihrer Macht und Bedeutung überzeugen wollen!

## Die neue Bundesregierung: Türkise Macht und grünes Feigenblatt

**A**m 2. Jänner 2020 gaben Sebastian Kurz als allmächtiger Vorsitzender der türkis behübschten Volkspartei und sein grünes Pendant Werner Kogler bekannt, dass sich die Verhandlungsteams beider Parteien nach „zähem Ringen“ auf ein gemeinsames Regierungsprogramm geeinigt hätten.

Die stellvertretende Klubvorsitzende der Grünen, Sigrid Maurer raunte gar im Vorfeld der Pressekonferenz der künftigen Regierungsspitze, nicht nur für die Grünen, auch für die neue Volkspartei sei im ausgehandelten Koalitionsabkommen „sehr vieles schmerzhaft“. Vermutlich war diese Äußerung allerdings eher scherzhaft.

Denn das letztlich auch vom Grünen Bundeskongress in Salzburg am 4. Jänner mit einer Mehrheit von 93,18 Prozent angenommene Regierungsprogramm steht, abgesehen von einigen Punkten, auf die wir unten noch eingehen werden, in der schlechtesten Tradition der türkis-blauen Koalition von 2017-2019.

Realitätsverweigerin Maurer schwadroniert aber dennoch munter über „die grüne Handschrift (die sich) durch das gesamte Regierungsprogramm zieht“.

Nach dem Aufplatzen der Ibiza-Eiterbeule stilisierte sich Sebastian Kurz in unerträglicher Manier zum Märtyrer, der zum Besten des Landes die ganze Last der Regierungspolitik auf seine Schulter genommen und gute Miene zum bösen

Spiel der FPÖ-Einzelfälle gemacht habe. Das Herumgejammerge diente einem klaren Zweck. Kurz putzte sich elegant ab und tat so, als sei er (als Regierungschef!) nie für irgendeine der skandalösen Maßnahmen seines Kabinetts verantwortlich gewesen.

Dass er vor allem das Innenministeri-

**V**iele „Linke“ waren auf die FPÖ fixiert und ließen damit dem Erzreaktionär Kurz freie Hand.

um unter Herbert Kickl ins Visier nahm, bedeutete keineswegs eine „Wende“ hin zu „Rechtsstaatlichkeit“ oder der Wahrung demokratischer Freiheiten.

Kurz, der in Worten und Taten gezeigt hatte, dass er einen klaren autoritären Kurs verfolgte, nutzte die Gunst der Stunde, um seinem Koalitionspartner die beiden Schlüsselministerien (Inneres und Landesverteidigung) abzuringen. Angesichts einer völlig konfusen sozialdemokratischen Opposition hoffte er, auch ohne FPÖ weiterregieren zu können. Der nach einigem Lavieren von der SPÖ ein-

gebrachte Misstrauensantrag stürzte erstmals in der österreichischen Geschichte eine Regierung und machte zugleich das Verhältnis der Hauptpartei der heimischen Bourgeoisie zu ihrer eigenen parlamentarischen Staatsform transparent: angesichts der nun notwendigen Neuwahlen erklärte Kurz, jetzt habe das Parlament gesprochen, bei den Wahlen werde „das Volk“ sprechen.

Die neue ÖVP, die gemeinsam mit ihrem Koalitionspartner FPÖ mittels Initiativanträgen die Kontrollmöglichkeiten

der Opposition ausgehebelt und bewusst verfassungswidrige Gesetze durchgesetzt hatte (Stichwort: Einschränkungen bei der Mindestsicherung, 12-Stundentag-Einführung per Initiativantrag, komplette Änderung von Gesetzesvorschlägen durch Abänderungsanträge in letzter Minute ...), spielte unverhohlen „das Volk“ gegen „das Parlament“ aus.

Der Repräsentant (nicht nur) des österreichischen Großkapitals hatte im September 2018 offenherzig erklärt: „Vieles von dem, was ich heute sage, ist vor drei Jahren noch massiv kritisiert und als

rechtsradikal abgetan worden, das hat sich geändert.“

Wie bei der Wenderegierung im Februar 2000 fixierten sich zahlreiche „Linke“ auf die FPÖ. Deren dummdreistes Agieren – immerhin hatte die immer mehr ins faschistoide abgleitende Partei des reaktionären Kleinbürgertums darauf gewartet, endlich auch in gutdotierte Positionen zu gelangen – machte sie auch zur einfachen Zielscheibe. Dass der durchgehend reaktionäre Kurs der Regierung die Handschrift der neuen Volkspartei trug wurde bewusst oder unbewusst heruntergespielt.

Die Gruppe Klassenkampf hat unermüdlich auf diese Tatsache hingewiesen. Wir haben seit dem Sommer des vergan-

*Bürgerinnen und Bürger. All das macht Österreich aus.“*

Was also treibt die Grünen an, mit den türkisen Reaktionären ein Regierungsbündnis einzugehen? *„Wir sind die erste Generation, die die Folgen der Klimakrise spürt, und gleichzeitig die letzte Generation, die noch gegensteuern kann. Der Schutz der Umwelt und eine starke Wirtschaft dürfen kein Widerspruch sein. Unser Wirtschaftsstandort kann noch dynamischer werden, wir können mehr und bessere Jobs schaffen, wenn wir in Nachhaltigkeit investieren: Wir können die Schöpfung bewahren und die Klimakrise bekämpfen. Beides heißt, den kommenden Generationen ein lebenswertes Österreich zu hinterlassen – ökonomisch und ökolo-*

faschistoidem Subtext versehene Sprache immer wieder vorzupreschen schien, folgte der Linie, die letzten Endes von der Kurz-Bande vorgegeben wurde. Die Machtkämpfe um Posten und Pöstchen ergaben sich aus einer Konstellation, in der jede der beiden Parteien mit Zähnen und Krallen versuchte, die besten und lukrativsten Stücke aus dem Staatskörper für sich herauszureißen.

Die Vehemenz der reaktionären Offensive trug wesentlich zum Kollaps der SPÖ bei. Fest verwurzelt in den Illusionen einer immerwährenden Klassenkollaboration musste die Kern- und dann Rendi-Wagner-Führung die leidvolle Erfahrung machen, dass die Bourgeoisie mit der für sie nutzlos gewordenen bürgerlichen Arbeiterpartei einfach nur noch Schlitten fahren wollte. Im Parlament rempelte man die SPÖ mit Initiativanträgen aus dem Weg; das arrogante Auftreten der türkisen und blauen Koalitionäre im Plenum des Nationalrats signalisierte: „Wir finden dieses Spektakel lächerlich und werden andere Saiten aufziehen“.

Die Grünen, die bei den letzten Nationalratswahlen aus dem Parlament geflogen waren, setzten mittlerweile zu einer Aufholjagd an, um wieder auf der nationalen Ebene mitreden zu können.

In fünf Bundesländern waren die Grünen ja ohnehin bereits in Landesregierungen vertreten – und nur in einem davon gemeinsam mit der SPÖ, nämlich in Wien. In Vorarlberg, Salzburg, Tirol und Oberösterreich war die „Umwertpartei“ in Koalitionen mit der ÖVP vertreten.

Während (Bundes) ÖVP und FPÖ jahrelang mit Horrorgeschichten über „rotgrün“ hausieren gingen, etablierten sich die Grünen in den agrarisch dominierten Teilen des Landes als solide Mitregenten. Während die bündisch organisierte Volkspartei mit ihrem behäbigen Apparat und der Bindung an Raiffeisen den Zugang zu jüngeren, innovativen bäuerlichen Schichten verloren hatte, konnten die Grünen hier relevante Brückenköpfe bilden. Forderungen zugunsten einer umweltverträglicheren Landwirtschaft, einer Eindämmung von Schadstoffemissionen, höhere Förderungen für Bio-Bauern, die Neuaufstellung der öffentlichen Infrastrukturen durch Bus und Bahn griffen ebenso wie die bewusste Hervorkehrung christlicher Traditionen in Menschenrechtsfragen.

In Wien konnten die Grünen unter we-

## **B**ereits aus der Präambel des Regierungsprogramms quillt uns unerträglicher patriotischer Schwulst entgegen.

genen Jahres auch immer klar gesagt: Egal, wie die neue Regierung aussehen wird, sie wird die Angriffe auf die sozialen und politischen Errungenschaften der Lohnabhängigen fortsetzen. Genau das bestätigt sich, wenn wir das Regierungsprogramm von türkis-grün lesen.

Kein Wunder, dass die europäischen Massenmedien minuziös über die Koalitionsverhandlungen und deren Abschluss berichtet haben. Denn die „Grünen“ präsentieren sich europaweit als demokratische, liberale, soziale, humanistische Parteien eines umweltbewussten, gebildeten Kleinbürgertums. Dass sie in Österreich nun in eine Koalition mit einer reaktionären bürgerlichen Partei gehen, gegen deren Kurs in der Migrationsfrage sie jahrelang polemisiert hatten, die law and order und geschlossene Grenzen auf ihr Banner geschrieben hat, die offen die Interessen des Großkapitals vertritt – und das für keineswegs berauschende Zugeständnisse – ist in der Tat denkwürdig.

Bereits aus der Präambel des Regierungsprogramms quillt uns unerträglicher patriotischer Schwulst entgegen: *„Österreich ist ein wunderbares Land. Geprägt von Natur und Landschaft in Vielfalt und Schönheit. Getragen von einer innovativen Wirtschaft. Gelegen im Herzen Europas. Gerühmt für seine Kunst und Kultur. Und gebaut auf seiner demokratischen Kultur und dem Fleiß und Engagement seiner*

*gisch intakt. Nachhaltigkeit heißt dabei auch, auf einen ausgeglichenen Staatshaushalt zu achten“.*

Erraten: Die drohende Umweltpokalypse ist es, die gebieterisch die Einheit erzwingt. Wobei das Weltuntergangsszenario fatal an die Propaganda der Identitären erinnert, die ja auch erklären: „Wir sind die letzte Generation, die noch etwas ändern kann!“. Schrecken sich die einen vor dem „großen Austausch“, ist es die Öko-Endzeit bei den anderen.

Weniger an der grünen Basis sondern mehr im Umfeld der Öko-Partei lösten Koalitionsverhandlungen Unruhe und Unmut aus. Die Evolution der Türkisen von einer behäbigen, der Verfassung der 2. Republik ergebenden bürgerlichen Volkspartei hin zu einer reaktionär-autoritären Führerpartei mit dem klar umrissenen Ziel, alles, was auch nur im geringsten an „Sozialismus“ erinnert, beiseite zu fegen und einen starken Staat zu etablieren, war in aller Öffentlichkeit abgelaufen. Dass die Sozialpartnerschaft so gut wie tot ist, ist offensichtlich. Die Angriffe auf grundlegende soziale Rechte und Errungenschaften unter der Regierung Kurz-Strache wurden zwar von einer blauen Ministerin vorgetragen – die unseelige Frau Hartinger-Klein war aber bloß die Sprechpuppe des Bundeskanzlers. Auch der blaue Innenminister Kickl, der durch seine extrem polemische und mit

sentlich günstigeren Bedingungen mit der SPÖ gemeinsam regieren und vor allem die urbane kleinbürgerliche Intelligenz ansprechen. Dementsprechend waren die Grünen auf Donnerstagsdemos und Mobilisierungen gegen Türkis-Blau sogar mit Fahnen und Transparenten vertreten. Hier konnte vor allem ihre Propaganda gegen die ausländerfeindliche Politik der Bundesregierung ihr Bild als „linke“ Partei ebenso mitformen wie ihr Widerstand gegen reaktionäre Pläne der türkis-blauen Koalition wie „Deutschklassen“ oder die präventive „Sicherungshaft“.

Diese Zeiten sind nun offensichtlich vorbei. Für vier Minister\_innenposten und den dazu gehörenden Vorteilen einer Regierungspartei (größerer Apparat und Mitarbeiterstab) hat die grüne Partei etliche ihrer traditionellen Themenschwerpunkte begraben.

Das konsequente Hinarbeiten auf eine Koalition mit den Türkisen zeigt, wie unsinnig die Etikettierungen „links“ und „rechts“ sind. Wenn es hart auf hart geht, werden soziale Positionen ebenso schnell über Bord geworfen wie bürgerlich-demokratische Programmforderungen oder humanitäres Engagement. „It's the class-struggle, stupid“, könnte man in Abwandlung eines pointierten Ausspruchs sagen.

Die grüne Parteispitze und 93,18 % ihrer BuKo-Delegierten haben für unverbindliche Öko-Phrasen in der Regierungserklärung, dem Versprechen von mehr „Transparenz“ und pathetischem Gesülze Sebastian Kurz und damit dem Großkapital eine Generalvollmacht zur Fortsetzung ihres autoritären Kurses ausgestellt: „Mit diesem Programm übernehmen wir Verantwortung – gegenüber den Menschen in Österreich und gegenüber dem Parlamentarismus und dem guten Miteinander, gegenüber dem Wert des Kompromisses und des Austausches für die Demokratie. Wir übernehmen diese Verantwortung in einer Situation, in der niemand sonst die Kraft hat, sie im Sinne der Österreicherinnen und Österreicher zu schultern“.

In den 30er Jahren hat der internationalistisch-marxistische Revolutionär Leo Trotzki die Situation in Frankreich analysiert, als das Land an der Kippe stand – hier eine vorrevolutionäre Situation, dort die Gefahr einer faschistischen Großoffensive. Dabei untersuchte er die politi-

sche Rolle des Kleinbürgertums:

*„Die derzeitige Gesellschaft besteht aus drei Klassen: Großbourgeoisie, Proletariat und Mittelklassen oder Kleinbürgertum. Die Beziehungen zwischen diesen drei Klassen bestimmen letzten Endes auch die politische Lage des Landes. Die Grundklassen der Gesellschaft sind die Großbourgeoisie und das Proletariat. Nur diese beiden Klassen können eine klare und konsequente selbständige Politik führen. Das Kleinbürgertum zeichnet sich durch seine wirtschaftliche Unselbständigkeit und soziale Ungleichförmigkeit aus. Seine*

**D**as konsequente Hinarbeiten auf eine Koalition mit den Türkisen zeigt, wie unsinnig die Etikettierungen „links“ und „rechts“ sind. Wenn es hart auf hart geht, werden soziale Positionen ebenso schnell über Bord geworfen wie bürgerlich-demokratische Programmforderungen oder humanitäres Engagement.

*oberen Schichten gehen unmittelbar in die Großbourgeoisie über. Die unteren Schichten verschmelzen mit dem Proletariat und sinken selbst in den Zustand des Lumpenproletariats hinab. Seiner wirtschaftlichen Lage entsprechend, kann das Kleinbürgertum keine eigene Politik haben. Stets wird es zwischen den Kapitalisten und den Arbeitern hin- und herschwanken Seine eigene Oberschicht stößt es nach rechts; seine unteren, unterdrückten und ausgebeuteten Schichten vermögen unter gewissen Umständen, schroff nach links zu schwenken“.*

Wir haben in Österreich in den letzten Jahren politische Veränderungen erlebt, die ursächlich mit der Krise der Sozialdemokratie zusammenhängen. So, wie sich die Lohnabhängigen immer mehr von „ihrer“ alten Führung abwenden, konnten sich zwei ursprünglich kleinbürgerliche Parteien – die reaktionäre, faschistoide FPÖ und die „demokratische“, moderne grüne Partei – festigen und aufbauen. Beide Parteien verkörpern auf ihre Art die politische Bandbreite der Schwankungen des Kleinbürgertums.

Das Fehlen einer klassenbewußten revolutionären Arbeiterpartei begünstigt die Degeneration der politischen Parteien der Mittelklasse. Diesen Prozess erleben wir derzeit mit.

Die Grünen heften die „Klimapolitik“ im Regierungsprogramm auf ihre Fahnen. Sie bieten Rezepte an, die in Wirklichkeit

Placebos sind. Man kann nicht ernsthaft vom Schutz der Natur sprechen, wenn man mit beiden Beinen am Boden der kapitalistischen Wirtschaft bleiben will. Wer die großen Energiekonzerne nicht antasten will, wer einer kleinen Schicht von Kapitalisten weiter die Kontrolle über die Produktionsmittel und damit die Ausbeutung und Vergeudung der natürlichen Ressourcen überlässt, kann nur kosmetische Maßnahmen vorschlagen. Genau das tun die Grünen im gemeinsamen Programm mit den Türkisen. Die faktische Androhung von CO2-Steuern

trifft primär die Lohnabhängigen, ebenso wie die höheren Normverbrauchsabgaben auf „umweltunverträgliche“ Autos. Zwar werden günstige Tickets für die öffentlichen Verkehrsmittel angekündigt – woher die „Verkehrsmilliarde“ allerdings kommen soll, bleibt ein Rätsel.

Die Grünen haben sich auf die Linie einschwören lassen, die türkis-blau gefahren sind: Steuern sollen gesenkt, das Nulldefizit erreicht und auch noch die Staatsschulden insgesamt reduziert werden. Tatsächlich kann eine solche Wirtschaftspolitik nur zu Lasten der Lohnabhängigen, der Arbeitslosen und der sozial schwächsten gehen. Tatsächlich soll die Körperschaftssteuer auf 21 % gesenkt werden. Die projektierte Senkung der Einkommenssteuer stammt ebenfalls aus dem türkis-blauen Repertoire und spart das unterste Drittel der arbeitenden Bevölkerung aus: denn dieser Teil der Arbeiter\_innenklasse verdient ohnehin so wenig, dass er unter der Steuergrenze leben muss. Die Steuersenkung macht sich bei Spitzenverdienern aber sehr wohl bemerkbar, ebenso wie bei gut situierten Schichten der „Arbeiteraristokratie“.

Um eine mögliche Unzufriedenheit über die ungerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums von Haus aus zu unterbinden, haben die Türkisen den Grünen einerseits das Sozialministerium „geschenkt“ - und gleichzeitig wesentli-

che Kompetenzen dieses Ressorts ins Wirtschaftsministerium verlagert. Klar – das AMS hat ja nichts mit „sozial“ zu tun, deutlich mehr aber mit „Wirtschaftlichkeit“. Das Regierungsprogramm sieht vor, dass Arbeitssuchende neuen Schikanen ausgesetzt werden sollen. Verwaschen wird von einer „Reform“ der Zumutbarkeitsbestimmungen geredet – das ist ein klarer Fingerzeig in die Richtung von mehr Kontrollen, mehr Strafmaßnahmen,

14. Lebensjahr; Einrichtung einer „Beobachtungsstelle“ für den „politischen Islam“). Es geht hier nicht, wie den Grünen nahestehende Meinungsbildner à la Florian Klenk vom „FALTER“ schreiben, um eine emanzipatorische Maßnahme zur Stärkung der Rechte islamischer Mädchen und Frauen. Wäre das so, müsste eine völlige Trennung von Staat und allen Religionsgemeinschaften und ihren Symbolen stattfinden. So wird eine Gruppe

chern ...

Damit auch sonst Ruhe und Ordnung herrschen, konzentriert die neue ÖVP das Innenressort und das Kriegsministerium in türkisen Händen. Wundert es jemanden, wenn das Bundesheer verstärkt zur „Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit“ herangezogen werden soll?

Wir können hier keine umfangreiche Punkt-für-Punkt-Kritik des Regierungsprogramms vorlegen, und das ist auch nicht unbedingt notwendig, um die große Linie dieser Vereinbarung beurteilen zu können.

Was wir vor den Wahlen prognostiziert haben, bleibt aufrecht: Auch die neue Regierung wird ihren aggressiven Kurs gegen die arbeitende und arbeitslose Bevölkerung (Migrant\_innen oder Inländer\_innen) fortsetzen.

Es darf keine Pause im Widerstand gegen diese Maßnahmen geben, bloß weil sich die Bourgeoisie zum Armani-Anzug nun als modisches Accessoire ein grünes Feigenblatt besorgt hat. Eine besondere Bedeutung kommt allen Arbeiter\_innen, Angestellten, Jugendlichen zu, die versuchen, innerhalb der SPÖ einen Kurswechsel herbeizuführen. Im Gegensatz zu ihnen sehen wir keine Chance dafür, dass die SPÖ jemals wieder zu einer sozialistischen Klassenpartei werden kann. Wir sagen aber, dass es trotz aller Differenzen notwendig ist, dass sich alle Kräfte, die gegen die kommenden Angriffe im Interesse des österreichischen Kapitals mobilisieren wollen, in einer breiten Arbeiter\_inneneinheitsfront zusammenschließen, um den Widerstand zu organisieren.

Ein wesentlicher Schritt muss die Vorbereitung des Generalstreiks sein, um die arbeiterfeindlichen Pläne der Bourgeoisie und ihrer kleinbürgerlichen Anhängsel zu verhindern. Setzen wir der Spalterpolitik der Herrschenden die proletarische Klassensolidarität entgegen.

## **D**ass im gemeinsamen Programm von Grünen und neuer Volkspartei das Thema 12-Studentag keine Rolle spielt, ist da eigentlich nur logisch. Am grünen Bundeskongress hätte man sich hier eine klare Stellungnahme der Unabhängigen Gewerkschafter erwarten können.

mehr Druck.

Dass im gemeinsamen Programm von Grünen und neuer Volkspartei das Thema 12-Studentag keine Rolle spielt, ist da eigentlich nur logisch. Am grünen Bundeskongress hätte man sich hier eine klare Stellungnahme der Unabhängigen Gewerkschafter erwarten können. Die blieb aber aus. Wir warten gespannt darauf, was aus der folgenden Ankündigung der AUGE/UG wird:

Noch ist es zu früh, abschließend alle Punkte im Regierungsprogramm zu beurteilen. „Die AUGE/UG wird das Regierungsprogramm in den nächsten Tagen eingehend prüfen und ausführlich dazu Stellung nehmen“, so Klaudia Paiha, Bundessprecherin der AUGE/UG – Alternative, Grüne und Unabhängige GewerkschafterInnen.

In allen relevanten sozialen und gesellschaftspolitischen Bereichen steht das Programm in der Kontinuität der türkisblauen Regierung: der Anti-Islamismus wird zur Staatsräson erhoben (Kopftuchverbot in öffentlichen Schulen bis zum

herausgegriffen und an den Pranger gestellt – ein wunderbares Beispiel einer apartheidartigen Segregationspolitik.

Das findet seinen Niederschlag auch im Bildungsbereich. Hurra, die Deutschklassen sind wieder da! Was werden dazu die im Schulbereich relativ gut vertretenen grünen Gewerkschafter\_innen sagen?

Und um noch eins draufzusetzen, hat die Kurz-Truppe unter dem Kapitel „Migration“ auch gleich eine wirkliche Innovation untergebracht: den „koalitionsfreien“ Raum im Falle einer „Massenmigrationswelle“. Heißt konkret: Wann immer die Kurz-Kogler-Regierung Panik vor Geflüchteten verspürt, kann Kurz eine „Auszeit“ nehmen und mit der FPÖ reaktionäre Gesetze beschließen, ohne dass das zum Koalitionsbruch führt. Die hier angekündigte politische Polyamorie Kurzens wird von Kogler insofern honoriert, als die Grünen der bisher von ihnen bekämpften „Sicherungshaft“ zustimmen. Und im Hintergrund hört man Herbert Kickl ki-

---

**Kontakt: [gruppe.klassenkampf@gmail.com](mailto:gruppe.klassenkampf@gmail.com)**

**Die Gruppe Klassenkampf im Internet: [www.klassenkampf.net](http://www.klassenkampf.net)**

**Boycott des négociations !  
Grève générale  
pour vaincre le gouvernement !**

Comme si de rien n'était, le 31 décembre, Macron a réaffirmé que « la réforme des retraites sera menée à son terme, parce qu'il s'agit d'un projet de justice et de progrès social ». Il ment comme un arracheur de dents : son projet de retraite à points conduira à un recul général des pensions et à l'allongement du temps de travail. Il a ajouté : « avec les organisations syndicales qui le veulent, l'adhésion du gouvernement d'Edouard Philippe qu'il trouve la voie d'un compromis rapide ». Quel compromis ? Depuis le 7 janvier, le gouvernement reçoit les dirigeants syndicaux CGT, CFDT, FO, UNSA pour utiliser le hochet de nouvelles discussions sur l'âge pivot comme paravent pour maintenir l'attaque contre tous les travailleurs, sauf pour les corps de répression, policiers et militaires. À la RATP et de la SNCF, les travailleurs ont pourtant voté la grève. Mais qui est responsable de l'encadrement des travailleurs de la RATP et de la SNCF, de leur séparation de ceux de la santé publique et des autres ? Toujours pas d'appel à la grève générale, mais la poursuite des actions syndicales ou « coup de poing » (détail dans la gare de Lyon lundi 25 décembre) et des journées d'action ? Sans jonction avec les autres travailleurs, l'isolement se fait sentir et la police en profite pour harceler les pickets de grève. Voilà où mène la politique des directions syndicales.

Macron est sûr de lui car il sait parfaitement que la grève isolée à la SNCF et la RATP ne peut l'emporter. Macron est sûr de lui car il sait que le succès des journées d'action décriées par l'internationaliste, sans parler des manifestations les samedis 28 décembre, 4 janvier, 11 janvier... n'a jamais permis à la classe ouvrière de gagner quoi que ce soit, pas plus libre qu'aujourd'hui et qu'elle sort de concert avec la négociation des attaques.

Le 19 décembre, le gouvernement lançait des négociations par secteur pour tenter de diviser les travailleurs et de cesser la grève. Avec la CGTF et l'UNSA, les chefs de FO, de la CGT, de SUD, de la FSU ont commencé à négocier l'application du projet Macron à la RATP, à la SNCF, à l'éducation nationale, où s'ajoutent la cause des statuts alors qu'elle disent vouloir son retrait.

Pour « traverser un compromis rapide », de nouvelles négociations nationales, après un an et demi de concertation, sont annoncées à partir du 7 janvier. Macron est sûr de lui car tous les chefs confédérés n'y sont pas. Les horreurs médiatiques reçoivent l'appui des partis « de gauche ». Après un meeting le 11 décembre de LFI au Parti radical pour « une autre réforme est possible », Martinez (CGT), Mélenchon (LFI), Faure (PS), Boussad (NUP), Lasserre (NFI) et Rouss (LFI), le 9 janvier, supplient Macron « d'ouvrir sans délai des vraies négociations avec les organisations syndicales ».

Les grévistes, eux, n'ont pas d'illusion sur une « bonne réforme » qui pourrait venir de Macron, ce que veulent les travailleurs, c'est le retrait pur et simple du projet, pas son aménagement.

Dirigants des syndicats, rompez avec le gouvernement, cessez de négocier son projet ! Grève générale jusqu'au retrait du plan Macron-Philippe-Hatzebecker ! Classe nationale de grève alimentée d'abord par les comités d'entreprises !

Augmentation des cotisations patronales ! Suppression des cotisations des salariés ! Abrogation de toutes les mesures antérieures contre les retraités !

Le temps presse. Seul l'appel à la grève générale jusqu'au retrait, peut rassembler en un bloc toute la classe ouvrière contre le gouvernement, convaincre les hésitants, organiser l'auto-défense des grévistes et des manifestations. Bloquer tout le pays, réduire la jeunesse en formation, faire passer à Macron toute sa morgue, ouvrir la voie d'un gouvernement des travailleurs et des Français socialistes d'Europe.

Voilà ce qu'il faut imposer dans les syndicats, dans les assemblées générales démocratiques et nationales, voilà le mandat des comités de grève qu'il faut élire : le mandat des délégués qu'il faut désigner pour organiser, coordonner et contrôler la grève générale.

8 janvier 2020

Groupe marxiste internationaliste | action Bouquet du Collège révolutionnaire | [groupe-marxiste.info](http://groupe-marxiste.info)

Seit Anfang Dezember wird Frankreich von einer Streikwelle erschüttert, die sich gegen die geplante „Pensionsreform“ der reaktionären Regierung Macron/Philippe richtet. In den deutschsprachigen Massenmedien wird viel von "Generalstreiks" gesprochen - tatsächlich rufen die Gewerkschaftsführungen nur zu Aktionstagen und punktuellen Streiks auf. Die massive Beteiligung der arbeitenden Menschen zeigt, wie groß die Wut gegen die immer schärfer werdenden Angriffe gegen die sozialen Errungenschaften ist. Wie bei den Protesten der „Gelbwesten“ bremsen die traditionellen Arbeiter\_innenparteien aber die Bewegung, zersplittern sie. Unsere Genossinnen und Genossen von der GMI intervenieren in diese Bewegung mit einer klaren Linie: Generalstreik - branchenübergreifend und überall, keine Verhandlungen mit der Regierung, Kampf bis zur Rücknahme des Gesetzesentwurfs. Wir dokumentieren wesentliche Aspekte dieses Klassenkampfes, dessen Lehren auch für uns in Österreich bedeutsam sind.

Die Redaktion

## Erklärung der GMI (Groupe Marxiste Internationaliste)

# Boycott der Konsultationen mit der Regierung! Generalstreik bis zur Rücknahme der Regierungspläne!

Nach 18-monatiger Konsultation mit dem Regierungs-"Hochkommissar" Delevoye haben die Gewerkschaftsführungen für Donnerstag, den 5. Dezember zu einem Aktionstag aufgerufen. Um den Entwurf des Rentengesetzes von Macron, Philippe und Delevoye zu blockieren, legten Millionen von Arbeitern die Arbeit 24 Stunden lang nieder: 70 % in Schulen, 75 % in Colleges und Gymnasien, 60 % bei der EDF und ihren Tochtergesellschaften, im Flugverkehr (30 % der Flüge wurden gestrichen), Raffinerien (acht von neun im Streik), Krankenhauspersonal, Müllabfuhr, Feuerwehrleute.

Es muss klar gesagt werden, dass die Pension nach Punkten heißt:

- eine Berechnung über die gesamte Berufslaufbahn (und nicht mehr die besten 25 Jahre oder die letzten 6 Monate),
- das Ende der Entschädigung für Härte-

fälle in bestimmten Unternehmen (SNCF, RATP, EDF, etc.),

- der Wert des Punktes von der Regierung jedes Jahr geändert werden kann,
- die Begrenzung des Rentenbudgets auf 14% des BIP, während die Zahl der Rentner höher sein wird.

In der Praxis wird der Rentenverlust bei niedrigen Prämien und unterbrochenen Berufslaufbahnen (Frauen, Prekäre, Arbeitslose) mindestens 20 % oder mehr betragen.

Trotz ihrer Gewerkschaftsführungen (CGT, UNSA, SUD, CFDT, FO...), die immer noch keinen Generalstreik bis zur Rücknahme des Gesetzesvorschlags fordern, setzen die Beschäftigten von RATP und SNCF ihren Streik fort. Sie haben Recht! Aber wenn sie isoliert bleiben, können sie nicht gewinnen, und wir alle werden verlieren. Martinez (CGT), Veyrier (FO), Groison (FSU), Beynel (Solidaires), Les-

cure (UNSA...) haben jedoch beschlossen, die Millionen von Arbeitnehmern auf "Aktionstage" zu beschränken. Anstelle eines Totalstreiks ordnete die Intersyndicale für den 10. Dezember einen neuen Aktionstag an.

Das ist eine Schande! Die Abfolge der Aktionstage hat bereits zu Niederlagen in den Jahren 2003 (Renten), 2010 (Renten), 2016 (El-Khomri-Gesetz) und 2018 (SNCF) geführt. Wenn die Gewerkschaftsbürokratie und ihre Helfer (LO, NPA, POI, CNT, UCL...) zwischen den Aktionstagen zu "Rotationsstreiks" auffordern, befürworteten sie eine Zersplitterung, jeder in seiner eigenen Ecke, jeder, wenn er kann, während die Gewerkschaftsführer mit der Regierung verhandeln. Es ist das Gegenteil des „Tous ensemble“ („Alle gemeinsam“), das Gegenteil des Generalstreiks.

Im Gegensatz zu diesem Zusammenspiel mit der Regierung, die auf Zeit spielt

und auf die Aktionstage setzt, um den Kampf zu brechen und die Spaltung zur Aufrechterhaltung der Trennung zwischen "Sonderregelungen" für Beamte und Beschäftigte in der Privatwirtschaft aufrecht zu halten, verabschiedete die Vollversammlung der 500 Streikenden und Demonstranten, die am 5. Dezember im Lyoner Gewerkschaftshaus zusammenkamen, den folgenden Aufruf.

Das Rentenreformprojekt der Regierung ist nicht verhandelbar. Um seine vollständige Rücknahme zu erreichen, ist es notwendig, den allgemeinen interprofessionellen Streik bis zu seiner Rücknahme durchzusetzen.

Die Vollversammlung fordert alle Kolleginnen und Kollegen auf, sich in den Generalversammlungen für den Generalstreik bis zur Rücknahme der Regierungspläne einzusetzen und auf dieser Grundlage ihre Delegierten für die Vorbereitung des Generalstreiks zu wählen.

Sie ruft alle Gewerkschaften auf, die Verhandlungen über die Reform mit der Regierung einzustellen und unverzüglich einen interprofessionellen Generalstreik bis zur Rücknahme des Gesetzesentwurfs zu fordern! (angenommen mit 112 Ja-Stimmen, 30 Enthaltungen, 3 Nein-Stimmen)

Indem sie diesen Aufruf aufgreifen und

popularisieren, werden die Vollversammlungen der Streikenden nicht in die Falle von "Streikspitzen" und Rotationsstreiks geraten, die bedeuten, dass jeder in seinem eigenen Winkel kämpfen muss, ohne zu wissen, was die anderen Arbeiterinnen und Arbeiter tun oder tun werden.

Angesichts der Massenmobilisierung und dank des neuen Aktionstages vom 10. Dezember manövriert die Regierung. Sie rechnet damit, dass die Gewerkschaftsführer am Montag, den 9. Dezember, zu den Verhandlungen zurückkehren werden, um die Folgen des Gesetzes zu diskutieren. Der Premierminister nimmt sich die Freiheit, sein Ziel so zu formulieren: "Die Errichtung eines universellen Rentensystems bedeutet das Verschwinden von Sonderregelungen". Und seine Methode:

Der Minister für Solidarität und Gesundheit und der Hochkommissar für Renten werden am Montag mit allen Gewerkschafts- und Unternehmerverbänden zusammentreffen, um die Runde der Sozialverhandlungen und die Debatte mit den Franzosen abzuschließen, die zum Thema Renten eröffnet wurde. Sie werden eine umfassende Bilanz über Erwartungen, Bedenken, Punkte der Übereinstimmung und Meinungsverschiedenheiten vorlegen. (Philippe, 6.

Dezember)

Der Sieg im Kampf für eine vollständige Rücknahme der Regierungspläne führt schlicht und einfach über den Boykott aller Beratungen! Gewerkschaftsführer, euer Platz ist auf der Straße und für den Generalstreik! Nicht in den Salons der Regierenden!

In den Gewerkschaften, in den Generalversammlungen, ist es notwendig, einen Bruch mit der Regierung zu erzwingen und den Generalstreik vorzubereiten, bis der Plan der Regierung zurückgezogen wird.

- Boykott der Konsultationen mit der Regierung! Gewerkschaftsführer, raus aus dem Rentenberatungsrat!
- Rücknahme des Macron-Philippe-Buzyn-Delevoye-Plans!
- Erhöhung der Unternehmerbeiträge! Weg mit den Beiträgen der Lohnabhängigen! Rücknahme aller früheren Maßnahmen gegen die Renten!
- Wahl von Delegierten zur Bildung einer nationalen Koordination des Kampfes! Selbstverteidigung der Demonstrationen!

8. Dezember 2019

## Abkürzungsverzeichnis

**CFDT** - Confédération française démocratique du travail; deutsch Französischer Demokratischer Gewerkschaftsbund. 1964 aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung hervorgegangen, näherte sich sozialistischen Positionen an und kooperierte dann eng mit der SP Frankreichs.

**CGT** - Confédération générale du travail ; deutsch Allgemeiner Gewerkschaftsbund – früher der KPF nahestehend

**CNT** - Confédération nationale du travail, deutsch Nationale Arbeiterföderation; anarchosyndikalistische Gewerkschaft

**EDF** – Electricité de France, französische Elektrizitätsgesellschaft

**FO** - Confédération générale du travail – Force ouvrière (CGT-FO; deutsch Allgemeiner Gewerkschaftsbund – Arbeitermacht; entstand 1948 als reformistische, antikommunistische Abspaltung von der CGT.

**FSU** - Fédération Syndicale Unitaire; deutsch Einheitlicher Gewerkschaftsverband; hauptsächlich im pädagogischen Bereich verankerte Gewerkschaft, die mit ATTAC und globalisierungskritischen Organisationen kooperiert

**LO**- Lutte Ouvrière; deutsch Arbeiterkampf; nach eigenem Verständnis trotzkistisch; in der Praxis reformistisch, versucht LO in der CGT den Platz der früheren KP einzunehmen

**NPA** - Nouveau Parti anticapitaliste; deutsch Neue Antikapi-

talistische Partei; 2009 aus der LCR hervorgegangene linksreformistische Partei

**POI** - Parti ouvrier indépendant, deutsch Unabhängige Arbeiterpartei ; 2008 gegründete « lambertistische » Partei, die in der FO verankert ist und eine reformistische, nationalistische Politik betreibt.

**RATP** - Régie autonome des transports Parisiens; Betreiber-gesellschaft der öffentlichen Verkehrsmittel im Großraum Paris

**SNCF** - Société nationale des chemins de fer français; deutsch Nationale Gesellschaft der französischen Eisenbahnen

**SUD** – eigtl. Union syndicale Solidaires, deutsch Solidarischer Gewerkschaftsverband ; 1988 von (links)oppositionellen Gewerkschaftsaktivisten der CFDT gegründet; anfangs von der sich auf den Trotzkismus berufenden Revolutionär-Kommunistischen Liga LCR beeinflusst

**UCL** - Union communiste libertaire; deutsch Libertäre Kommunistische Union; 2019 durch Fusion mehrerer anarchistischer Gruppen entstanden Organisation.

**UNSA** - Union Nationale des Syndicats Autonomes; deutsch Nationaler Verband der unabhängigen Gewerkschaften, 1993 aus der Fusion von reformistischen Gewerkschaftsstrukturen in fünf Bereichen (Erziehung, Landwirtschaft, Transport, Eisenbahn, Beamte, darunter Polizei) entstanden. „Gemäßig“



# Saint Denis, 11. Dezember 2019: Lutte Ouvrière und Neue Antikapitalistische Partei als Helfer der Gewerkschaftsbürokratien

**A**m Mittwochabend, dem 11. Dezember, fand in St. Denis ein Treffen unter dem Motto „Gegen die Macron-Rente: Eine andere Reform ist möglich“ statt.

Auf Initiative der PCF wird im Gewerkschaftshaus (Bourse du travail) von Saint-Denis ein Treffen unter Beteiligung aller linken und ökologischen Gruppen stattfinden. Der Abend beginnt mit den Statements der Vertreter der Gewerkschaftsorganisationen am Tag nach dem neuen Mobilisierungs- und Streiktag. Jeder wird daher seine Analyse der sozialen und politischen Situation darlegen und Vorschläge für eine weitere Rentenreform unterbreiten können. (PCF, 11. Dezember)

Während der Premierminister am Mittag ankündigte, dass das Projekt der „Punktpensionen“ und ein Pensionsantrittsalter von 64 Jahren für die nach 1974 geborenen Generationen eingeführt wird und dass die Sonderregelungen in verschiedenen Branchen schrittweise beseitigt werden, quasseln die politischen Parteien der Arbeiterbewegung (PCF, PS, LFI, NPA, LO...), die Teil der Gewerkschaftsbürokratie sind, mit "linken" bürgerlichen Parteien (Europa Ökologie-Grüne, Radikale Linke Partei, Öffentlicher Platz...), um den Anschein zu erwecken, dass die derzeitige Regierung eine "gute" Pensionsreform gewähren könnte.

In der Tat kann sich jeder Block von Organisationen mit Wurzeln in der Arbeiterbewegung mit bürgerlichen Parteien nur auf der Grundlage des Respekts für den Kapitalismus und den bürgerlichen Staat bilden, wie die "Union Sacrée" 1914, die "Volksfront" 1935, General De Gaulles Regierung der nationalen Einheit 1944, die "Linksunion" 1972, die "plurale Linke" 1997 gezeigt haben.

Beim Treffen der "gewerkschaftlichen und linken Kräfte" am 11.12. ging es um:

Genehmigung und Stärkung des Mechanismus der Gewerkschaftsführungen: "Aktionsstage und Verhandlungen über eine

Gegenreform mit der Regierung Macron-Philippe";

Vorbereitung einer politischen Lösung, um den bürgerlichen Staat und den französischen Imperialismus zu erhalten, falls die Arbeiterklasse zu weit geht.

Tatsächlich waren die ersten Redner Gewerkschaftsbürokraten. Die CGT-Führerin Catherine Perret gab den Ton an: "Für uns heißt es Entwurf gegen Entwurf". Als ginge es um eine Debatte zwischen Partnern über die bestmögliche Reform und nicht um eine Offensive des bürgerlichen Staates gegen die Arbeiterklasse. Eric Beynel von Solidaires und Benoit Teste von der FSU traten in Perrets Fußstapfen.

Für die sozialimperialistischen Parteien (LFI, PCF, PS...) geht es darum, der Nationalversammlung mit einer „Frankreich-in-Bewegung-Mehrheit“ [Macronisten] und dem Senat mit einer „Die Republikaner“-Mehrheit Vorschläge zu unterbreiten, so wie die Gewerkschaftsführer ihre Vorschläge seit mehr als einem Jahr der Regierung von Macron-Philippe unterbreiten.

„Wir sind bereit dafür zu sorgen, dass diese Reform zum Angelpunkt des weiteren Fortschritts wird“. (Olivier Faure, PS)

„Ab 18. Dezember in einem Verbindungsausschuss mitwirken und parlamentarische Arbeitsgruppen einsetzen, die im Januar Vorschläge für das Parlament erarbeiten“. (Fabien Roussel, PCF)

Diese "Vorschläge" werden offensichtlich keine zukünftige Regierung dieser Parteien binden. Schon jetzt will der ehemalige Minister von Jospin [= Mélenchon, Führer der LFI], der seine eigene "Reform" abgekoppelt von PS und PCF vorschlägt, die ArbeiterInnen mit dem Versprechen einer sehr hypothetischen Lohnerhöhung zur Kasse bitten.

„Wir werden die Gebühren erhöhen und die Löhne mehr als die Gebühren. Sie wer-

den nichts spüren.“ (Jean-Luc Mélenchon, LFI-Sitzung, 18. Dezember)

LO und NPA sind nicht im Parlament vertreten, aber sie stimmen mit LFI und PCF in den wesentlichen Punkten überein: dem "sozialen Dialog", der zwischen den "Aktionstagen" weitergeführt wird, Rückendeckung zu geben und den "Aktionsstag" am 12. zu unterstützen.

„Das ganze Land sollte für einen Tag und gegebenenfalls länger lahmgelegt werden.“ (Olivier Besancenot, NPA)

Niemand auf der Rednertribüne prangerte die Konsultationen (= Verhandlungsgespräche) an, auf die sich die Regierung verlässt. Niemand hat auf die Notwendigkeit eines Generalstreiks hingewiesen, um die Regierung zum Rückzug zu zwingen, sie zu schlagen und damit den Weg für eine Arbeiterregierung und die sozialistischen Vereinigten Staaten von Europa zu ebnen.

„Wir haben all diese sinnlosen Reformen satt... Der wahre politische Ausweg ist, dass die ArbeiterInnen kämpfen und durch die Kämpfe ihre Fähigkeit entdecken, Dinge zu verändern“. (Nathalie Artaud, LO)

Um die Jugend zu gewinnen und ihre Reihen zu festigen, behauptet die LO-Leitung, auf dem „Leninismus“ und „Trotzkismus“ aufzubauen. In der Praxis fungiert LO jedoch als Gehilfin von Martinez und der poststalinistischen CGT-Bürokratie. Doch die von der imperialistischen Bourgeoisie korrumpierten Gewerkschaftsapparate verraten die Kämpfe und verhindern so „das Verändern der Dinge“.

„Der Kampf gegen das kapitalistische System erfordert vor allem den Kampf gegen die Gewerkschaftsbürokratie, deren Ziel es ist, die revolutionären Impulse der Massen einzudämmen, die Vorbereitung der Kämpfe zu bremsen und die Kämpfe selbst vom richtigen Kurs abzubringen“. (IV.Internationale, Resolution über die Gewerkschaften, Juli 1936)

Dies ist nicht das erste Mal, dass sich LO mit bürgerlichen politischen Parteien verbündet hat: Erklärung „der Linken“ für eine Rückkehr zur Ordnung in den Vorstädten 2005; Treffen der Gewerkschaftsführer und "der Linken" gegen die Privatisierung der [staatlichen Stromgesellschaft] EDF 2005; Einheitslisten „der Linken“ in beiden Runden der Kommunalwahlen 2008... Allerdings haben die Volksfronten, wie auch immer sie heißen mögen, die Funktion, den Kapitalismus zu retten und die Revolution zu verhin-

dern.

„Der endgültige Übergang der kommunistischen Internationale auf die Seite der bürgerlichen Ordnung, ihre zynisch konterrevolutionäre Rolle in der ganzen Welt – insbesondere in Spanien, in Frankreich, in den Vereinigten Staaten und den anderen „demokratischen Ländern“ – hat dem Weltproletariat zusätzlich außerordentliche Schwierigkeiten auferlegt. Unter dem Banner der Oktoberrevolution verurteilt die versöhnlerische „Volksfront“-Politik die Arbeiterklasse zur Ohnmacht und bahnt

dem Faschismus den Weg.“ (IV. Internationale, Übergangsprogramm, September 1938).

Es ist notwendig, so schnell wie möglich die Aktivisten, Fraktionen und Gruppen die wissen, dass es ohne Klassenunabhängigkeit, ohne einen erbitterten Kampf gegen die verräterischen Führungen der Arbeiterbewegung keine soziale Revolution geben wird, in einer einzigen revolutionären kommunistischen Organisation zu vereinigen.

## Mitte Jänner 2020:

# Gewerkschaftsführungen verhandeln, die Basis ist kampfbereit!

Am Abend des „Aktionstages“ vom 11.1.20 trafendie Führer der Intersyndicale wieder zusammen. Aber sie riefen wieder nicht zu einem Generalstreik auf, um Macron zu schlagen, sondern erneut zu punktuellen „Streiks“ und zwei neuen „Aktionstagen“.d

Gleichzeitig sandte Premierminister Édouard Philippe ein Schreiben an die „Sozialpartner“.

„Ich danke Ihnen für Ihre Anwesenheit bei den Sitzungen, die ich gestern organisiert habe... Ich bestätige die Bereitschaft der Regierung, ein universelles Punktesystem für die Altersversorgung aufzubauen... Eine Kommission über die Ausgewogenheit und Finanzierung der Renten wird eingerichtet...“

Entgegen den Behauptungen der Generalsekretäre der CFDT, der UNSA und des TCRC gibt die Regierung in der Frage des allgemeinen Pensionalters aber nicht nach“. Die einzige Änderung der bisherigen Linie besteht darin, dass Fixierung dieses Alter auf eine zukünftige "Sozialkonferenz" verschoben wird. Diese Konferenz wäre eine Fortsetzung der Konsultationen, die die Regierung Macron-Philippe seit mehr als eineinhalb Jahren mit allen Unternehmer- und Ge-

werkschaftsorganisationen (CFDT, CGT, Solidaires, FO, UNSA, FSU, CFE, CFTC) führt. In all diesen Konsultationen haben die Kapitalisten gemeinsam mit der Regierung eine Erhöhung der Unternehmerabgaben abgeschmettert. Ausgenommen vom „einheitlichen“ epnsionsalter sind nur – Polizei und Militär

Die Hauptsache ist, dass die Regierung an ihrem Projekt gegen das Recht auf Rente festhält, das dazu führen würde, dass die Arbeitnehmer länger arbeiten und ihre Renten senken würden. Die Ausnahme vom "zentralen Zeitalter" und der "Universalität" wären erwartungsgemäß das Militär und die Polizei, die den bewaffneten Flügel des bürgerlichen Staates bilden. Philippe erwähnt dies nicht in seinem Brief, aber Castaner schrieb ihn an die "Gewerkschaften" der Polizei (14. Dezember) und Macron sagte dem Militär (21. Dezember).

Der Regierungschef macht keinen Hohl daraus, dass er die Garantie braucht, die ihm alle konföderalen Apparate seit fast zwei Jahren ohne Zögern geben, weil sie mehr vom Staat als durch Beiträge finanziert werden: "Ich danke Ihnen für Ihre Anwesenheit. Aber die Macron-Philippe-Regierung ist kein Partner,

dem man "Vorschläge" machen muss, sie ist ein Feind der Arbeiterklasse, sie ist die Regierung der französischen Kapitalistenklasse. Der Regierungschef setzt auf die faktische Akzeptanz seines Vorhabens durch die Gewerkschaftsführungen (u.a. der CGT, FO, Solidaires, FSU und CFE). In der Tat, bei der RATP, der SNCF, im nationalen Bildungssystem (wo Blanquer dies ausnutzen will, um das zu brechen, was von den Statuten übrig geblieben ist)... sie verhandeln bereits über die Anwendung des Gesetzes, das noch nicht einmal vom Parlament verabschiedet wurde: "Die offenen Konsultationen werden es ermöglichen, das universelle Weichensystem weiter zu verbessern".

Warum streiken Zehntausende von Arbeitnehmern in den Bereichen öffentlicher Verkehr, Energie, öffentliche Bildung usw.? Für die Rücknahme, nicht für die "Verbesserung" des Anti-Pensionsprojekts der Regierung, nicht für eine Konferenz zur reibungslosen Umsetzung der Regierungsvorlage. Die Regierung muss besiegt werden. Das ist immer noch möglich, wenn es den Werktätigen gelingt, in den Gewerkschaften und Generalversammlungen die Klassenzusammenarbeit mit Macron zu Fall zu bringen.

# Deutschland

## Die Krise der bürgerlichen Herrschaft – Erpressung als Ausweg

**D**ie angespannte Ruhe, von der wir in unserem Artikel Ende August („Deutschland im Herbst 2019 - Die GroKo in der Todeszone“) sprachen, weicht nun langsam dem Zwang, Weichenstellungen vorzunehmen und Entscheidungen zu fällen, die die nächste Periode des Klassenkampfes in Deutschland einläuten werden. Die Ergebnisse der Landtagswahlen am 01. September 2019 in Brandenburg und Sachsen sowie am 27. Oktober 2019 in Thüringen haben gezeigt: die Krise der bürgerlichen parlamentarischen Herrschaft vertieft sich in einem Maße, dass führende Politikerinnen und Politiker aus CDU und SPD orientierungslos werden und sich international zum Gespött machen.

Die angespannte Ruhe, von der wir in unserem Artikel Ende August („Deutschland im Herbst 2019 - Die GroKo in der Todeszone“) sprachen, weicht nun langsam dem Zwang, Weichenstellungen vorzunehmen und Entscheidungen zu fällen, die die nächste Periode des Klassenkampfes in Deutschland einläuten werden. Die Ergebnisse der Landtagswahlen am 01. September 2019 in Brandenburg und Sachsen sowie am 27. Oktober 2019 in Thüringen haben gezeigt: die Krise der bürgerlichen parlamentarischen Herrschaft vertieft sich in einem Maße, dass führende Politikerinnen und Politiker aus CDU und SPD orientierungslos werden und sich international zum Gespött machen.

Zum Ende des Jahres 2019 wurde klar: die Große Koalition (GroKo) aus CDU/CSU und SPD geht ihren Weg bis zum bitteren Ende weiter. Der Niedergang der „Volksparteien“ CDU und SPD schreitet unaufhaltsam voran. Die Halbzeitbilanz der GroKo, der CDU-Bundesparteitag vom 22./23. November 2019 in Leipzig und die Mitgliederwahlen zum SPD-Parteivorsitz wie auch der SPD-Bundesparteitag vom 06.-08. Dezember 2019 in Berlin brachten nur eine Gewissheit hervor: niemand will wirklich die bei vielen mittlerweile verhasste GroKo und ihre Agonie beenden. Das Hemd ist allen näher als der Rock.

### Landtagswahlen in Ostdeutschland – bürgerliche Herrschaftsnot und Aufstieg der faschistisch beeinflussten Kräfte

Die Landtagswahlen in Ostdeutschland hoben jeweils die Partei des bisherigen Ministerpräsidenten wieder auf den Schild. Die Wählerinnen und Wähler sorgten in ihrer Mehrheit dafür, dass die alten Ministerpräsidenten auch wieder die neuen werden konnten. Oberstes Gebot war, die faschistoide AfD nicht zur stärksten Partei werden zu lassen. Diese wurde vor allem von Jüngeren und von Männern gewählt.

Das Ergebnis der Landtagswahl in Thüringen ist besonders pikant. Eine Mehrheit im Parlament hätten die Parteienbündnisse: LINKE (31,0%) und CDU (21,8%) mit 52,8%; LINKE und AfD (23,4%) mit 54,4%; CDU, AfD und FDP (5,0%) mit 50,2%; CDU, AfD und Grüne (5,2%) mit 50,4% sowie CDU, AfD, Grüne und FDP mit 55,4%. Der Einzug der FDP in den Landtag wurde erst nach erneutem Auszählen der Stimmen für das amtliche Endergebnis offiziell. Die SPD landete weit abgeschlagen mit 8,2% zwar noch vor den Grünen und der FDP. Sie ist



aber als ernst zu nehmende Kraft nicht mehr präsent. In dieser Situation tritt der LINKE-Ministerpräsident als Retter in der Not bürgerlicher Herrschaft auf. Obwohl LINKE, SPD und Grüne keine Mehrheit mehr haben, bleibt die bisherige Regierung kommissarisch weiter im Amt. In der thüringischen Landesverfassung wurde kein Zeitpunkt festgeschrieben, zu dem nach einer Landtagswahl die neue Regierung gebildet und der neue / die neue Ministerpräsident/-in gewählt werden müssen.

Der CDU-Vorsitzende signalisierte Unterstützung bei wichtigen Abstimmungen, wurde aber von seiner Landtagsfraktion zurückgepfiffen. Dafür hatte der stellvertretende CDU-Parteivorsitzende in Thüringen unverhohlen ein Bündnis mit der AfD ins Auge gefasst. Um bei Abstimmungen eine Mehrheit zu bekommen, hat nun erstmals auch die Bundes-Co-Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Katja Kipping, im Namen der Mehrheit des Bundesvorstandes eine Zusammen-

arbeit mit der CDU als Möglichkeit propagiert. Katja Kipping ist Mitbegründerin der erst kürzlich von über 70 Parteimitgliedern ins Leben gerufene innerparteiliche Strömung „Bewegungslinke“. Diese propagiert auf Bundesebene die Bildung einer Koalitionsregierung aus LINKE, SPD und GRÜNE.

Die wichtigste Abstimmung für das Weiterregieren in Thüringen ist allerdings schon durch. Der Landeshaushalt für 2020/2021 ist noch rechtzeitig vor der Wahl verabschiedet worden. Nur mit diesem Trick konnten sich alle vereint gegen den eigentlichen Wahlsieger, die AfD, stemmen. In Thüringen weist das Ergebnis für die AfD darauf hin, dass der Anschlag von Halle durch einen Faschisten auf die voll besetzte Synagoge am Yom-Kippur-Feiertag keinen Einfluss auf das Wahlverhalten hatte, dass vor allem die Jüngeren sich schon sehr weit dem völkisch-nationalistischen (= faschistischen) „Flügel“ angenähert haben. Die faschistische Grundhaltung hat sich verfestigt.

## Die neue SPD-Führung: kein Schritt vorwärts

Längst haben die Parteien der Großen Koalition in Berlin ihre Regierungsmehrheit verspielt. Dazu trugen die vielen dilettantischen und bisweilen unverblümt machtwortversessenen Entscheidungen ganz erheblich bei. So zeigt auch die Kandidatenkür für den Parteivorsitz bei der SPD bei der „aktiven“ Basis eine klare Tendenz für den Verbleib an den Geldtrögen bürgerlicher Macht. Von den 425.630 SPD-Mitgliedern haben sich 226.775 (53,28%) an der Abstimmung beteiligt. Von den gültigen Stimmen (213.693) stimmten 22,68% für das Duo Olaf Scholz / Klara Geywitz, 21,04% für das Duo Norbert Walter-Borjans und Saskia Esken. Letztere wurden von den JUSOS unterstützt. Diese beiden Duos mussten in die Stichwahl des Mitgliederentscheids bis zum 30.11.2019.

Wofür stehen die beiden Teams? Olaf Scholz als Finanzminister der Klassenzusammenarbeit aus CDU/CSU und SPD steht für ein „Weiter so!“. Nichtsdestotrotz geben er und seine Team-Partnerin Klara Geywitz vor, die SPD wieder zu einer „linken Volkspartei“ machen zu wollen. (Siehe [www.vorwärts.de](http://www.vorwärts.de).) Sie wollen eine Mehrheit „ohne die Union“ wieder möglich machen. Dazu passt, dass die

SPD erstmals auf Bundesebene bereit ist zu einem Bündnis mit der Linkspartei und den Grünen. Dumm nur, dass die SPD nicht nur in den ostdeutschen Bundesländern allmählich im Nirwana des politischen Lebens verschwindet. Auch wurde diskutiert, ob es überhaupt eines SPD-Kanzlerkandidaten (im Fall Scholz/Geywitz wäre es Scholz geworden) bedarf. Das Konkurrenzteam um den Parteivorsitz und damit die eventuelle Kanzlerkandidatur, Walter-Borjans und Esken, gibt sich eher „links“: „Saskia hat glaubwürdig und standhaft gegen Upload-filter im Internet gekämpft. Als Hunderttausende auf den Straßen waren und für die

## Damit nahm sich die Bundestagsfraktion das Recht, über den zukünftigen Kurs der Partei SPD zu entscheiden, dies zudem noch vor dem Parteitag.

*Freiheit im Netz demonstrierten, war sie Teil dieser Bewegung und hat sich nicht verbiegen lassen.“* So Norbert Walter-Borjans (NoWaBo) über seine Team-Partnerin. Sie gibt das Kompliment zurück: *„Das gilt auch für NoWaBo. Dass er als NRW-Finanzminister Steuer-CDs gekauft hat, war kein Selbstzweck. Die über sieben Milliarden Euro Steuernachzahlungen von SteuerbetrügerInnen waren das Werk standhafter sozialdemokratischer Politik.“* Und fährt fort: *„Klimapolitik mit verantwortungsbereiter Wirtschaft, aber nicht unter dem Diktat der Autobosse. Wohnungspolitik gemeinsam mit den Kommunen, aber gegen das Diktat von SpekulantInnen. Sichere Renten mit einem starken Staat, aber gegen das Diktat von FinanzinvestorInnen. Friedenspolitik, um Menschenleben zu schützen, nicht nach Wirtschaftsinteressen.“* ([www.vorwärts.de](http://www.vorwärts.de)) Dieses Programm kann so auch von der Mehrheit der Linkspartei und den Grünen unterschrieben werden. Allein: dieses Bündnis einer Klassenzusammenarbeit der bürgerlichen Arbeiterparteien SPD und Die Linke mit der bürgerlichen Partei Bündnis 90/Die Grünen hat keine Chance auf eine parlamentarische Mehrheit. Zudem wäre es wohl ein Bündnis unter Führung der grün angestrichenen Kapitalistenpartei Die Grünen mit nun 94.000 Mitgliedern. Sie wollen „die Märkte mitnehmen“, wie die neue und alte CO-Vorsitzende Annalena Baerbock es auf der Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen in Bielefeld vom 15.-17. Novem-

ber 2019 unter großem Jubel formulierten.

Die expliziten GroKo-Gegner Karl Lauterbach/Nina Scheer endeten bei der SPD-Mitgliederbefragung unter „ferner liefen“ (14,63%). Das Team Christina Kampmann/Michael Roth (16,28%) will zurück zur klassisch sozialdemokratischen Politik. Dabei antworteten sie selbst auf die Frage: *„Wo sehen Sie die größte Herausforderung, vor der die SPD steht?“* ungeschminkt (immerhin): *„Gerade einmal zwei Prozent der Deutschen trauen uns (der SPD) noch zu, überzeugende Ideen für die Zukunft zu haben. Viele Menschen haben den Eindruck, wir*

*lassen sie mit ihren Alltagsorgen im Kapitalismus allein.“* Doch worin sehen sie die Lösung? Im kapitalistischen Europa: *„Am Ende ist Europa der Schlüssel zur Lösung vieler Probleme. Hier wollen wir unserer SPD Mut machen, noch europäischer zu denken und zu handeln.“* Den Kapitalismus mit dem Kapitalismus bekämpfen: Da sollten es die restlichen 2 Prozent nicht schwer haben, ebenfalls ihren ungebrochenen Glauben an die SPD abzulegen.

## Politische Erpressung als letztes Mittel im Überlebenskampf der GroKo

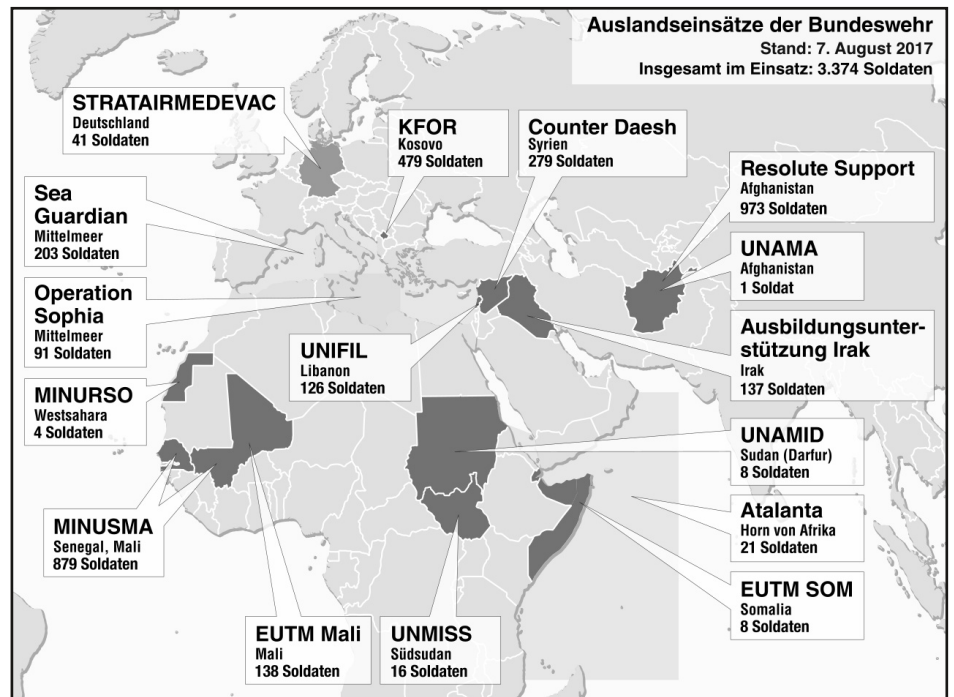
Die SPD-Bundestagsfraktion goss noch Öl ins Feuer. Obwohl die Regel gelten sollte, dass niemand durch Empfehlungen die Mitglieder vor der Stichwahl beeinflusst, tat sie genau dies. Mit ganz wenigen Ausnahmen stimmte sie für die Unterstützung des Teams Scholz/Geywitz, für die Fortsetzung der Großen Koalition. Damit nahm sie sich das Recht, über den zukünftigen Kurs der Partei SPD zu entscheiden, dies zudem noch vor dem Parteitag. Gleichzeitig war dies eine eindeutige Kampfansage an die sich abzeichnende neue, die GroKo ablehnende Parteiführung. Allerdings ist dies auch eine erpresserische Aktion gegenüber den Mitgliedern nach dem Motto: „Ihr seid schuld, wenn jetzt Neuwahlen kommen! Ihr seid schuld, wenn wir jetzt unsere Bundestagsmandate und die damit ver-

bundenen materiellen Wohltaten verlieren!“.

Doch diese Form der politischen Erpressung sollte nicht die einzige im Prozess der Wahl der Parteivorsitzenden bleiben. Bisher ohne Beispiel in der deutschen Innenpolitik war die erpresserische Einflussnahme durch die Vorsitzende der CDU, Annegret Kramp-Karrenbauer. Sie drohte unverhohlen damit, die schon beschlossene Einführung der Grundrente auf Eis zu legen, sollte die neue SPD-Führung den Austritt aus der GroKo verkünden. Mit diesem erpresserischen Manöver nahm sie den gesamten SPD-Parteitag in Geiselschaft.

Trotz dieser erpresserischen Einflussnahmen aus SPD und CDU schienen die Stichwahl zum Parteivorsitz als auch ihr Parteitag der SPD noch einmal Hoffnung zu geben. Nicht die ausgewiesenen GroKo-Befürworter Scholz/Geywitz gewannen die Stichwahl (45%), sondern die GroKo-Gegner Walter-Borjans/Esken (53%). Auf dem Parteitag selbst erhielten diese mehr als  $\frac{3}{4}$  der Stimmen: Esken 75,9%, Walter-Borjans sogar 89,2%. Doch waren dies keine Stimmen für den sofortigen Ausstieg aus der GroKo. Skandierten die JUSOS noch am Abend des 30.11.2019 hoffnungsfroh: „An Nikolaus ist GroKo-Aus!“, wurde schon am ersten Tag des SPD-Parteitages (6. Dezember: Nikolaus-Tag) deutlich, dass von der neu gewählten Parteiführung Walter-Borjans/Esken keine Gefahr für die GroKo ausgehen wird. Sie will nun nur noch „Gespräche“ über einige „nachzuverhandelnde“ Punkte in der GroKo führen, die bis zu deren offiziellem Ende im Herbst 2021 noch realisiert werden sollen. Dazu gehören die Erhöhung des Mindeststundenlohns auf 12,- Euro sowie der Einstieg in den Ausstieg aus HARTZ IV mit dem auf dem Parteitag beschlossenen, noch unter der vorherigen SPD-Parteivorsitzenden Andrea Nahles ausgearbeiteten Sozialstaatskonzept 2025.

## Die CDU-Vorsitzende AKK: Flucht in imperialistische Kriegshandlungen als Antwort auf die innenpolitische Herrschaftskrise



Während Scholz/Geywitz mit ihrem Slogan „Deutschland braucht eine Regierung ohne CDU und CSU“ (SZ, 31.10.2019) geschickt den Bundestagswahlkampf 2021 eröffnet hatten und hofften, damit auch überzeugte GroKo-Gegner im Zaum halten zu können, kommt die CDU aus ihrem Führungsdilemma nicht heraus. Mehr noch. Die Initiative der CDU-Vorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer (AKK; ein Kürzel, das wie eine Maschinengewehrsalve klingt) für eine internationale „Sicherheitszone“ in Nordsyrien, im Wesentlichen kurdisches Gebiet, wurde innerhalb einer Woche in den Orkus der Geschichte geworfen. Weder CDU/CSU noch SPD noch EU noch NATO konnten sich damit anfreunden. Als Kriegsmministerin (offizielle Bezeichnung: Verteidigungsministerin) hatte sie unter Umgehung des SPD-Außenministers ein berühmtes Zitat von Carl von Clausewitz realisieren wollen: „Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.“ (In: Carl von Clausewitz, Vom Kriege, 1. Buch, 1. Kapitel, Unterkapitel 24 (Überschrift); Referenz: <https://be-ruhigte-zitate.de/zitate/130907-carl-von-clausewitz-der-krieg-ist-eine-blosse-fortsetzung-der-politik-m/>) Noch überlässt man das seitens der NATO doch lieber dem NATO-Mitglied Türkei, das seit Jahrzehnten der zweitwichtigste Abnehmer deutscher Kriegswaffenproduktion ist. Die Kurden in der Türkei können davon ein Lied singen. Wurden sie doch mit deutschen Leopard-Panzern beschossen. Erdogan, sekundiert vom deutschen Au-

ßenminister Haas (SPD), dazu süffisant: „Zu spät!“

Innerhalb eines Jahres hat sich die CDU-Vorsitzende weitgehend selbst als ernstzunehmende Kanzlerkandidatin demontiert. Doch versucht sie es weiterhin, nun mit militärischen Großmachtgesten (Bundeswehreinheiten in Mali und anderswo).

Der deutsche Statthalter des internationalen Finanzkapitals, hier in Gestalt der „Heuschrecke“ BlackRock, Friedrich Merz, gerade von der Jungen Union auf deren Deutschlandtag umjubelter Kritiker der aktuellen CDU-Führung um Merkel und Kramp-Karrenbauer („grottenschlecht“), wartet geduldig auf seine Chance. Er repräsentiert in Deutschland wie kein anderer die wahren Interessen seiner Herren des internationalen Finanzkapitals wie BlackRock Inc., eine erst 1988 in New York City gegründete Fondsgesellschaft. Sie verwaltet 6,84 Billionen US-Dollar Vermögen weltweit. (WIKIPEDIA) Auf dem CDU-Parteitag in diesem Jahr kam es noch nicht zu einer Ablösung der Parteivorsitzenden. Niemand will im Moment, mangels eindeutiger personeller und politischer Alternativen, an der derzeitigen parteiinternen Hierarchieordnung rütteln. Dies gibt der „zweiten Reihe“ die Chance, sich in den nächsten beiden Jahren zu profilieren. Merz (von der JU hofiert, von anderen schon als „aus einer anderen Zeit kommend“ disqualifiziert), der aktuelle Gesundheitsminister Spahn und der NWR-Ministerpräsident Laschet (auch

nicht mehr der jüngste) innerhalb der CDU sowie der CSU-Vorsitzende und bayrische Ministerpräsident Söder stehen schon bereit für die Diadochenkämpfe.

Bis dahin machen alle weiter wie bisher. Die Große Koalition in Berlin schleppt sich durch alle Irrungen und Wirrungen hinweg bis zum bitteren Ende, wohl wissend, dass den beiden wichtigsten sie tragenden Parteien die Wähler abhandenkommen. Schon jetzt haben sie längst keine Mehrheit mehr. Nach der jüngsten Umfrage („Sonntagsfrage“) der Forschungsgruppe Wahlen vom 16. Januar 2020 kommen CDU/CSU auf 27% und die SPD auf 14%. Gerade einmal 41% könnten demnach die GroKo-Parteien

noch zusammenbringen. Die Grünen kommen auf 23%, die FDP auf 7%. Die AfD käme, wie die SPD, auf 14%, DIE LINKE auf 9%. Auf sonstige Parteien entfallen 6%.

Das Regierungsbündnis auf Bundesebene kann in der Zukunft daher am ehesten ein rein bürgerliches sein aus CDU/CSU und Bündnis 90/Grüne. Die FDP wäre schon nicht mehr erforderlich. Es wäre eine Regierung, vor der sich das Kapital nicht fürchten müsste. Es wäre eine Regierung, die den Aufbau einer europäischen Armee vorantreiben würde. Es wäre eine Regierung, die Auslandseinsätze der deutschen Armee nicht beendet,

sondern vertiefen würde: zum „Schutze“ Europas „vor dem internationalen Terrorismus“, sprich: den ungewollten Zuwanderungen von Millionen Menschen aus den von den imperialistischen Staaten ausgeplünderten und zerstörten Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Es wäre eine Regierung, die die sich schon jetzt abzeichnenden massiven Angriffe auf die noch erhaltenen partiellen Errungenschaften der Arbeiterbewegung angesichts der heraufziehenden weltweiten Rezession ganz in dessen Interesse orchestrieren würde.

*Bremen, 16.01.2020*

## Erklärung des CoReP (Kollektiv Permanente Revolution)

# Stoppt die US-Militärintervention im Nahen Osten! Beendet die Blockade gegen den Iran!

Am 14. November 2019 gab die iranische Regierung die Erhöhung der Treibstoffpreise bekannt. Vom 14. bis 18. erschütterte eine Explosion des Volkszornes das Land. Die Islamische Republik, durch die Massenproteste von 2017-2018 ein gebranntes Kind, blockiert das Internet und ertränkt den Aufstand in Blut. Die Polizei, die Basij (islamische Milizen in Zivil) und die Pasdaran (Hüter der islamischen Konterrevolution) verhaften tausende Demonstrant\_innen und töten mindestens 1.500 (Reuters, 23. Dezember). Besonders gewalttätig scheint die Repression gegen Minderheiten (Kurden, Araber) zu sein: So setzen die Pasdaran in Mahshahr, einer Stadt in Khuzistan (Südwesten) mit arabischer Mehrheit, Maschinengewehre ein.

Am 3. Januar 2020 hatte die Ermordung des iranischen Generals Qassem Soleimani im Irak durch eine Drohne auf Beschluss des Präsidenten der Vereinigten Staaten die Wirkung, die Bevölkerung zumindest vorübergehend hinter der iranischen Regierung zu sammeln und die Unterschiede zwischen den Fraktionen der islamistischen Bourgeoisie zu verringern. Die Trauer- und Protestdemonstrationen sind massiv, auch in Khuzistan: In der Hauptstadt Ahwaz beispielsweise erreichte die Prozession eine Länge von 30 km.

Der amerikanische Staat maßt sich seit langem das Recht an, ganze Bevölkerungen auszuhungern, ihnen Medikamente zu verweigern und mittels Blockaden und Embargos die Wirtschaft ganzer Länder zu ersticken, wie er es gegen Kuba, oder gegen den Irak vor seiner Invasion getan hat und wie er es heute ge-

gen den Iran tut. Er nimmt sich das Recht heraus, Regierungen zu stürzen und missliebige Personen ohne Kriegserklärung zu töten. Gerade eben auf dem Territorium eines verbündeten Staates, ohne dessen Regierung zu konsultieren. General Soleimani wurde wegen des Konflikts zwischen der imperialistischen Welthauptmacht und einer Regionalmacht mit gegensätzlichen Interessen im Mittleren Osten ermordet. Er war Chef der Al-Quds-Truppe, dem internationalen Zweig der "Islamischen Revolutionsgarden", der Armee des klerikalen Regimes, das aus der Konterrevolution von 1979-1981 hervorgegangen ist. Der amerikanische Staat verzieht im nicht, dass er im Libanon, in Syrien und im Irak eine Rolle spielte, indem er schiitische Milizen auf sektiererischer und religiöser Basis gründete, bewaffnete und finanzierte; dass er an der Niederlage der israelischen Armee im Libanon 2006 beteiligt war; dass er auf die US-amerikanische Aufkündigung des Vertrages und die Blockade des Iran mit Operationen gegen Öltanker in der Straße von Hormuz, gegen eine Raffinerie in Saudi-Arabien, gegen einen US-Stützpunkt im Irak und schließlich gegen die US-Botschaft im Irak reagiert hat.

Aber die Quds-Truppe und die Pasdaran sind ebenso große Feinde der Arbeiterklasse und des Kommunismus wie der Stab der US-Armee und die CIA-Chefs. Die "Wächter" sind nicht nur ein Teil des Repressionsapparates der iranischen Bourgeoisie, sondern ihr Personal kontrolliert einen bedeutenden Teil der Wirtschaft. In Syrien hat die Quds-Brigade ab März 2011, lange

# Erklärung des CoReP (Kollektiv Permanente Revolution)

vor der Intervention der russischen imperialistischen Armee im September 2015, dazu beigetragen, Assad Junior vor der ihn bedrohenden Revolution zu retten.

Hinter den Kulissen haben Soleimani, die Pasdaran und der iranische Staat mehr als einmal mit "dem großen Satan" (die USA in der Sprache der Ayatollahs) kollaboriert: 2001 in Afghanistan gegen die Taliban; 2003 im Irak zur Bildung einer provisorischen Regierung; 2016 im Irak gegen Daesh (IS).

Die Drohungen des iranischen Klerikerregimes, des obersten Führers und des Präsidenten, haben angesichts der ungleichen militärischen Stärke bisher nur zu begrenzten Vergeltungsmaßnahmen geführt. Die iranische Regierung war mit den Raketenangriffen auf zwei US-Militärstützpunkten im Irak in der Nacht von 7. auf den 8. Januar zufrieden, die keine Opfer forderten. Sie scheint die irakische, wenn nicht sogar die amerikanische Regierung, gewarnt zu haben. Auf der anderen Seite wurde ein Zivilflugzeug einer ukrainischen Fluglinie mit überwiegend iranischen und kanadischen Passagieren aufgrund der militärischen Spannungen und der Störung der elektronischen Kommunikation durch das US-Militär von der iranischen Armee abgeschossen. Eine weitere Eskalation ist nicht ausgeschlossen.

Fortschrittliche Arbeiter auf der ganzen Welt unterstützen den Sturz des Ayatollah-Regimes, das aus der Zerschlagung der Revolution von 1978-1979 geboren wurde. Diese Konterrevolution hat Tausenden von Arbeiteraktivisten das Leben gekostet, den Kapitalismus bewahrt, Streiks, Frauen, nationale Minder-

heiten und Homosexuelle unterdrückt. Aber diese Aufgabe des Sturzes kann nicht Trump, dem Pentagon und der CIA überlassen werden. Es liegt an der Arbeiterklasse und den Unterdrückten im Iran, die islamischen Kapitalisten und Henker zu vertreiben, eine Arbeiter- und Bauernregierung auf der Grundlage von Shoras (Arbeiterräten) zu errichten und den Weg für die sozialistische Föderation des Mittleren Ostens zu ebnen. Die

beste Hilfe für sie ist es, wenn sich die Arbeiterbewegung der Vereinigten Staaten, Israels und aller Länder jeder militärischen Operation gegen den Iran entgegenstellt und die sofortige Aufhebung der US-Blockade fordert.

- Stoppt alle amerikanischen und israelischen Drohungen gegen den Iran!

- Sofortiges Ende der US-Blockade gegen den Iran!

- Schließung aller amerikanischen, britischen,

französischen und russischen Militärstützpunkte im Nahen Osten und im Mittelmeer, Abzug der amerikanischen Flotte aus dem Arabischen Golf, dem Indischen Ozean und dem Mittelmeer!

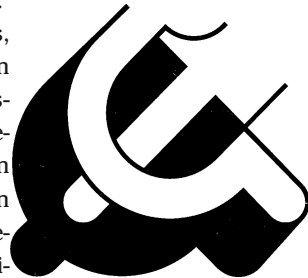
12. Januar 2020

**CoReP**

(Deutschland, Frankreich, Österreich, Türkei)

**IKC**

(Spanischer Staat)



## Fortsetzung von Seite 16: Konferenz der GKK

überholte Passagen (mittlerweile veraltete Wirtschaftsdaten, Polemik gegen nicht mehr existierende zentristische Organisationen ...) sind hingegen nur noch von historischem Interesse.

Ebenfalls beschlossen wurde ein neues, erweitertes Organisationsstatut. Auch wenn die GKK eine sehr kleine Organisation ist, wurde auf der Konferenz auch ei-

ne Leitung gewählt. Das ist Ausdruck des Willens, trotz der notwendigen Einschränkungen eines kleinen Kaderkerns soweit wie möglich einen demokratischen Zentralismus zu praktizieren und eine leninistische Organisation aufzubauen.

Durch die Anwesenheit ausländischer Genossen bei den Diskussionen vor und

auf der Konferenz wurde unser Bekenntnis zum Internationalismus nicht nur bekräftigt – es zeigte sich auch deutlich, wie wichtig es für eine kleine nationale Organisation ist, Teil einer internationalen Tendenz zu sein und von den Erfahrungen der Schwesterorganisationen zu lernen.

## Das Kollektiv Permanente Revolution im Internet: [www.revolucionpermanente.com](http://www.revolucionpermanente.com)



**IMPRESSUM:**  
Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Druck: Gruppe Klassenkampf. Druckort: Wien. Offenlegung nach §25 Mediengesetz: 100%-Eigentümer der periodischen Druckschrift KLASSENKAMPF ist die im Parteienverzeichnis registrierte politische Partei GRUPPE KLASSENKAMPF (früher: Trotzistische Gruppe Österreichs/TGO). Die Partei ist an keinen anderen Medienunternehmen finanziell beteiligt.

## Komm zum ROTEN TISCH!

Jeden zweiten Dienstag im Monat organisieren wir in der Westbahnstraße 35 im 7. Wiener Gemeindebezirk im kurdischen Lokal ZYPRESSE unseren ROTEN TISCH.

Der ROTE TISCH ist ein offenes Diskussionsforum, in dem wir mit Interessierten über die aktuelle Lage, die Artikel in unserer Zeitung oder über theoretische Fragen sprechen. Die Themen findest Du auf unserer Homepage:

[www.klassenkampf.net](http://www.klassenkampf.net)

## Bericht von der 2. Konferenz der GKK

**A**m 14. und 15. September 2019 hat die Gruppe Klassenkampf (GKK), die österreichische Sektion des Kollektivs Permanente Revolution, eine zweitägige Vorkonferenz für die 2. Konferenz der Organisation am 1. Dezember 2019 abgehalten. An der Vorkonferenz nahmen Genossen aus Frankreich und Deutschland teil, an der Konferenz selbst ein deutscher Genosse.

Seit der Konferenz 2012, bei der die „Programmatischen Grundlagen der GKK“ beschlossen worden waren, wurden grundlegende Positionen auf Plena der Organisation beschlossen.

Aufgrund scharfer Wendungen im internationalen und nationalen Klassenkampf – die Zunahme der innerimperialistischen Spannungen, Anzeichen für eine neue, weltweite Wirtschaftskrise, Erosion der „alten Führungen“ des Proletariats etc. sowie der Tendenz zum „starken Staat“ in Österreich, der aggressiven Politik der türkis-blauen Koalitionsregierung gegen soziale und demokratische Errungenschaften und der Krise der SPÖ – war es angebracht, eine gut vorbereitete Konferenz einzuberufen, bei der neben organisatorischen Maßnahmen auch ein aktuelles Programm verabschiedet werden sollte.

Die Vorkonferenzdiskussion wurde seit dem Sommer in Internen Bulletins geführt, wobei sich in der Frage des Herangehens an die „Umweltbewegung“ und den Kampf gegen die kapitalistische Naturzerstörung immer größer werdende Differenzen in der Organisation zeigten.

Die Vorkonferenz wurde durch das Referat eines Genossen der Nationalen Leitung der Groupe Marxiste Internationaliste (frz. Sektion des CoReP) eingeleitet, der einen Überblick über die internationale Situation gab. Der Handelskrieg zwischen den imperialistischen Mächten (vor allem den USA gegen die Konkurrenz Chinas, aber auch der europäischen Imperialisten) und die Anzeichen einer neuen Wirtschaft- und Finanzkrise bilden die Basis für den Verschleiß der traditionellen bürgerlichen, aber auch sozial-reformistischen Parteien. Weltweit sehen wir den Aufstieg sogenannter „populistischer“, nationalistischer, faschistoider oder offen faschistischer Kräfte. Analogien zu den 20er und 30er Jahren sind allerdings in-

sofern verfrüht, als das internationale Proletariat (noch) nirgends vernichtende Niederlagen hinnehmen musste (wie das italienische Proletariat 1921 mit der Machtergreifung der faschistischen Partei Mussolinis).

Eine lebhafte Diskussion über den internationalen Bericht bildete die Grund-



lage für die weitere Arbeit am ersten Tag der Vorkonferenz. Diskutiert wurde ein detaillierter Arbeits- und Aufbauplan für die nächste Periode, dessen Schwerpunkte unter anderem die Schulungstätigkeit nach Innen und Außen und das Publikationswesen der GKK sind. Die Zeitung KLASSENKAMPF soll deutlich den Charakter eines „Zentralorgans“ tragen, während zu aktuellen Anlässen eher agitatorische Flugblätter erscheinen sollen. Tagespolitische Artikel, die sich im Rahmen der Organisationslinie bewegen, sollen primär über die Homepage und soziale Medien verbreitet werden.

Am zweiten Tag der Vorkonferenz wurde der Punkt „Ökologie und Sozialismus“ diskutiert, bei dem sich die oben angedeuteten Differenzen weiter zuspitzten. Ist die kapitalistische Naturzerstörung eine „Menschheitsfrage“ oder eine Klassenfrage? Wie werden unter den Bedingungen einer rätedemokratisch organisierten nachkapitalistischen Gesellschaft die Maßnahmen zur Beseitigung der Folgen der kapitalistischen Ressourcenvernichtung aussehen? In der Diskussion zeigten sich zwischen dem Genossen P.L. und dem Rest der Organi-

sationen grundlegend divergierende Konzepte vom Funktionieren einer auf Rätemacht basierenden Gesellschaft, die sich Richtung Kommunismus und in weiterer Folge klassenloser Gesellschaft entwickeln soll, in der also auch der Staat und staatliche Zwangsmaßnahmen verschwinden werden.

Da Teile des neuen Programms noch nicht schriftlich formuliert vorlagen, wurde die Beschlussfassung über das Programm und den „Umweltteil“ desselben auf die Konferenz am 1. Dezember vertagt. In der Zwischenzeit wurde die interne Diskussion fortgesetzt.

Die Konferenz am 1. Dezember 2019 begann mit der Diskussion des Programmentwurfs und führte zum Bruch mit dem Genossen P.L. Das einstimmig beschlossene Programm wird bis Ende Jänner 2020 noch redaktionell für die Veröffentlichung als Broschüre überarbeitet. Das neue Programm skizziert die Entwicklung der politischen Lage in Österreich mit Schwerpunkt auf den synchronen Niedergang der von der SPÖ praktizierten institutionalisierten Form der Klassenzusammenarbeit („Sozialpartneschaft“) und der Krise der Sozialdemokratie. Bekräftigt wird unsere Einschätzung der SPÖ als bürgerlicher Arbeiterpartei. Ein weiteres zentrales Element des Programms ist die Analyse der Entwicklung der politischen Konzeptionen der österreichischen Bourgeoisie – Zersetzung der „repräsentativen Demokratie“, Schwächung des Parlaments, autoritäre Wende in Richtung starker Staat. Der zweite Abschnitt des Programms fasst unsere Antworten auf die brennenden Fragen der österreichischen Lohnabhängigen – Arbeitslosigkeit, Spaltung der Klasse in migrantische und „einheimische“ Schichten, männliche und weibliche Arbeiter\_innen, Wohnen, Ausbildung etc. – und die daraus resultierenden Übergangsforderungen zusammen. Die „Programmatischen Grundlagen“ von 2012 bleiben insoweit gültig, als sie den Charakter einer allgemeinen Einführung in die Positionen des internationalistischen Marxismus haben. Durch die Entwicklung

Fortsetzung auf Seite 15